

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/172

10. September 1974

Das Gespräch zwischen der SPD und der Kirche

-----  
Anmerkungen zum 84. Katholikentag von München-  
gliedbach

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 / 40 Zeilen

Ein Jahr Diktatur in Chile

-----  
Weltweite Ächtung der Pinochet-Junta erforderlich

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

Athen und Lissabon vor der EG-Türe

-----  
Griechenland und Portugal haben Europas Solidarität  
bitter nötig

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Die gemeinsame eiserne Verantwortung

-----  
Von den Aufgaben und der Pflicht der Sozialdemo-  
kraten

Seite 6 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Praktikum I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 30  
Telex: 08 86 540 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

## Das Gespräch zwischen der SPD und der Kirche

---

### Anmerkungen zum 84. Katholikentag von Mönchengladbach

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Katholikentage nach 1945 waren Kundgebungen und Tage des Bekenntnisses des deutschen Katholizismus nicht ohne Renommee und Glanz.

Der 84. Katholikentag 1974 in Mönchengladbach, vor dem wir unmittelbar stehen, trägt eine unauffälligere Farbe: Er bedeutet in manchem Abschied von langjähriger Gestaltung und Öffnung für Diskussionen auf neuem, noch wenig routiniertem Forum. Schon die Themen machen deutlich, daß die Katholiken die Gefahr einer Verringerung der Kontakte zu der gesellschaftlichen Wirklichkeit sehen, und daß sie versuchen, durch den Kirchentag mit entschiedenem Engagement auch den Auftrag und die sozialen Verpflichtungen der Katholiken glaubwürdig zu machen. Dazu gehört vor allem der Wille, dazu beizutragen, das gesellschaftliche Leben auch für die Zukunft menschlich zu gestalten sowie Freiheiten für die Menschen zu erkämpfen und zu sichern.

Mit Mönchengladbach, der Stadt der großen Tradition in der katholischen Sozialbewegung, ist ein Ort gewählt worden, der mehr als andere das Angebot zum Dialog über Grundfragen unseres Lebens glaubwürdig macht. Damit steht in Mönchengladbach die Arbeit vor der spektakulären Erklärung, der Mut zum Risiko vor dem traditionellen Charakter früherer Veranstaltungen. Der 84. Katholikentag hat die Chance, zu beweisen, daß die "Gemeinde des Herrn" ihren Platz hat "mitten in dieser Welt", und daß sie eine Aufgabe wahrzunehmen hat, wo niemand sie vertreten und keiner sie ersetzen kann.

Auch für die SPD ist dieser Kirchentag ein Anstoß, darüber nachzudenken, wie das im Godesberger Programm angesprochene partnerschaftliche Verhältnis zwischen den Kirchen und der SPD, für das es nach hoffnungsvollen Ansätzen auch Rückschläge gegeben hat, weiter entwickelt werden soll. Viele Mißverständnisse konnten ausgeräumt werden, aber in den letzten Jahren ist - nicht zuletzt auch in und um die Diskussionen und die Reform des § 218 - das Gespräch ins Stocken geraten. Staatskirchenverträge, Konkordate und andere Vereinbarungen mit Ländern, wie gerade zuletzt der Vertrag mit dem Land Hessen vom 29. März 1974, in denen Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, sind ein Beweis, daß die SPD das Gespräch auch in Zukunft suchen wird. Die letzten Monate haben deutlich gemacht, daß die Führung der SPD mit aller Entschlossenheit den Charakter der SPD als einer großen Volkspartei, wie Godesberg ihn gesehen hat, sichern wird.

Gerade wer die Sinnfragen des Lebens in der Kirche ernst nimmt, muß in den letzten Wochen und Monaten, in denen manche neuen Thesen über das Verhältnis von Staat und Kirche plötzlich in die Debatte kamen, gespürt haben, daß es der SPD ernst ist um das weitere Gespräch.

Auch die Kirche sollte hier, gerade, weil sie sich nicht aus dem politischen Raume entfernen kann und darf, prüfen, wie auch sie im Lichte der Arbeit und der Ergebnisse des Kirchentages das Gespräch weiterführt.

(-/10.9.1974/ks/pr)

+ + +

## Ein Jahr Diktatur in Chile

---

### Weltweite Ächtung der Pinochet-Junta erforderlich

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Ein Jahr nach dem blutigen Staatsstreich in Chile vom 11. September 1973 herrscht immer noch das Kriegsrecht. Staatschef General Pinochet und seine Junta haben einen quasi-faschistischen Militär- und Polizeistaat errichtet: Schwere und wiederholte Verletzungen der Menschenrechte sind an der Tagesordnung, die Presse wird zensiert, das Parlament ist aufgelöst, das politische Parteienleben tot, die Gewerkschaften sind entmachteter, das Streikrecht gilt nicht mehr, sozial-wissenschaftliche Studiengänge an den Universitäten werden abgeschafft, der Antimarkxismus wird gepredigt (Pinochet: Linksparteien sollen für immer verschwinden), die Verfassung mit Füßen getreten. In einem Klima der Rechtsunsicherheit blüht das Denunziantentum. Die wirtschaftliche Bilanz fällt ebenfalls äußerst negativ aus: Produktionsrückgänge in vielen Bereichen und sich überschlagende, immer neuen Rekordenzustrebende Inflationsraten. Die Stabilisierungspolitik, die vor allem auf dem Rücken der unteren Bevölkerungsschichten ausgetragen wird, ist gescheitert.

Nach 12 Monaten hat die chilenische Diktatur den Grad der niedrigsten Zustimmung beim Volk erreicht. Sie sieht sich immer mehr innenpolitisch isoliert, nachdem selbst weite Teile der Mittelschichten und der Kirche die Junta zu kritisieren beginnen. Was erwartet das chilenische Volk in seiner Mehrheit in dieser Situation vom Ausland? Keine Hilfe für die Junta, sondern Unterstützung für die Wiederherstellung der bürgerlichen, demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie der Menschenrechte!

Wir Sozialdemokraten haben gegen willkürliche Festnahmen protestiert und - häufig unter Verzicht auf spektakuläre Erfolgsmeldungen - die Freilassung von Inhaftierten sowie die Respektierung des Asylrechts erreicht. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um auch weiterhin bedrängten und in Not geratenen Menschen zu helfen. Die SPD lehnt entschieden jegliche Kumpanei mit dem Militärregime in Chile ab. Dieses Regime darf weder durch Tolerierung noch gar durch stillschweigende Zusammenarbeit gestärkt werden. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet von der Bundes-

regierung, daß sie wie bisher alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen.

Deshalb muß jede politische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die die Junta stärken würde, unterbleiben. Dazu gehört notfalls auch, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Produktionen, die für Chile bestimmt sind, verhindern. Eine große, nicht nur von Deklamationen getragene solidarische internationale Abwehrfront gegen die Junta ist notwendig. Da die Junta ihrem eigenen Selbstverständnis zufolge der Beseitigung des von "Allende provozierten Wirtschaftschlachs" Priorität einräumt, gilt für sie der wirtschaftliche Erfolg als der wichtigste Prüfstein. Wirtschaftsminister Fernando Léniz bekennt: "Wir brauchen dabei die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland". Wirtschaftliche Kooperation scheint mir aber nur dann möglich, wenn die Junta sich zu Gegenleistungen, wie Wiedezulassung parteipolitischer Aktivitäten oder Amnestie für politische Häftlinge verpflichtet. Dafür stehen die Zeichen allerdings alles andere als günstig; denn ihre Vertreter erklären, daß die Chilenen noch nicht reif für die politische Freiheit seien; man benötige wenigstens noch drei bis fünf Jahre, um das Land in "geordnete" Verhältnisse führen zu können und müsse eine neue Verfassung, in der restaurative und korporative Ordnungsvorstellungen den Vorrang haben sollen, ausarbeiten lassen.

Darum erscheinen am dringlichsten: a/ die weltweite Ächtung der Diktatur in Chile; b/ die konkrete Hilfe für bedrängte Menschen; und c/ die Unterstützung der Résistance, so z.B. Förderung des Aufbaus von Bildungszentren, mobilen Radiostationen und Pressediensten für Agitation und Gegenaufklärung.

Allende ist tot; aber die Erfahrung der Ausgebeuteten, Abhängigen und Benachteiligten, was mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Freiheit und Wirtschaftsdemokratie bedeuten können, wird weiterleben.

(-/10.9.1974/ks/pr)

+ + +

### Athen und Lissabon vor der EG-Türe

#### Griechenland und Portugal haben Europas Solidarität bitter nötig

In allen europäischen Hauptstädten redet man von der Krise Europas, nur nicht in Athen und Lissabon. Die Regierungen und Völker beider Länder zeigen eine europäische Begeisterung, die z.Zt. im westlichen Europa wohl einmalig sein dürfte. Während die neun Staats- und Regierungschefs mit Hilfe der französischen Küche die Europäische Gemeinschaft (EG) wieder flott machen wollen, kann es den beiden vor einigen Monaten zur Demokratie zurückgekehrten Staaten mit einer engeren Verbindung zum Gemeinsamen Markt in Brüssel nicht schnell genug gehen. Ein sonderbarer Widerspruch zwischen der inneren Schwäche und der äußeren Attraktivität der EG.

Nun haben Portugal und Griechenland die Hilfe und Solidarität des westlichen Europas politisch wie vor allem auch wirtschaftlich bitter nötig. Die EG ist für sie der einzig denkbare Partner, wollen sie nicht in den Einflußbereich der Supermächte geraten oder ihre Entwicklung zur Demokratie wieder aufs Spiel setzen. Kann nun die erwartete Hilfe von Brüssel kommen, das zur Zeit mit der Bekämpfung der Inflation und der Agrarmisère voll ausgelastet ist? Eine Erweiterung der Neunergemeinschaft um Portugal und Griechenland steht sicherlich nicht unmittelbar vor der Tür. Sowohl die EG-Kommission als auch die neun Regierungen und die politischen Parteien haben in den letzten Monaten aber klar gemacht, daß sie auf die Wünsche aus Athen und Lissabon positiv reagieren werden. So haben der Außenamts-Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski für die Bundesregierung und MdB Bruno Friedrich für den SPD-Parteivorstand bei ihren Gesprächen mit portugiesischen Politikern deutsche und europäische Hilfe und Kooperationsbereitschaft zugesagt. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments ist ebenfalls zugunsten beider Länder initiativ geworden. Die Portugiesische Sozialistische Partei, deren Vorsitzender der populäre Außenminister Mario Soares ist, dürfte schon sehr bald an den Arbeiten des Bundes der Sozialistischen Parteien der EG beteiligt werden. Wohl alle sozialistischen Parteien treten für einen EG-Beitritt Athens und Lissabons ein; dadurch können die dortigen demokratischen

Strukturen ausgebaut und gefestigt werden.

Die Ausgangslage Portugals für eine Verbindung mit der demokratischen Europäischen Gemeinschaft ist allerdings nicht besonders günstig. Die enormen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten machen einen baldigen Beitritt zur EG unwahrscheinlich. 48 Jahre Diktatur haben dem Land eine Inflationsrate von 30 vH., viele Arbeitslose und ein Zahlungsbilanzdefizit von 500 Millionen Dollar hinterlassen. Der Fremdenverkehr ist stark zurückgegangen; hinzu kommen tausende weißer Portugiesen, die aus Guinea-Bissau, Mozambique und Angola zurück ins Mutterland flüchten. Die Rebellion der weißen Extremisten dürfte die innere und äußere Lage Portugals weiter erschweren.

Wie mit allen anderen EFTA-Staaten, die nicht der EG beigetreten sind, wurde im Juli 1972 zwischen der EG und Portugal ein Abkommen über die Abschaffung der Zölle auf gewerbliche Waren abgeschlossen. Dieser Vertrag enthält bereits eine sog. Entwicklungsklausel, die einen Ausbau und eine Vertiefung bei beiderseitigem Interesse vorsieht. Lissabon strebt als nächsten Schritt offenbar die Assoziation mit der EG an, die nach einer Übergangszeit zur vollen Mitgliedschaft führen könnte. Wie im Falle Griechenlands und der Türkei könnte eine solche Assoziation mit direkter finanzieller Unterstützung durch die EG verbunden werden. Von großer wirtschaftlicher Bedeutung wäre auch eine Öffnung der EG für Agrarerzeugnisse, Südfrüchte und Weine aus dem iberischen Staat. Die vor ihrer Unabhängigkeit stehenden afrikanischen Kolonien Portugals sollten im Sinne der Verantwortung der EG in das große Assoziierungsabkommen einbezogen werden, das Brüssel mit 44 Entwicklungsländern aus dem afrikanischen, pazifischen und karibischen Raum noch 1974 abschließen wird. Ein entsprechendes Angebot aus Brüssel wäre eine erste Geate mit praktischen Folgen für Portugal und Afrika.

Im Interesse der Menschen in Portugal, die zu einem großen Teil nach Analphabeten sind und mit den niedrigsten Lebensstandard in Westeuropa haben, wäre zu hoffen, daß die EG bald wieder handlungsfähig wird.

Egon C. Heinrich  
(-/10.9.1974/ks/ee)

+ + +

## Die gemeinsame eiserne Verantwortung

### Van den Aufgaben und der Pflicht der Sozialdemokraten

Der SPD-Vorsitzende hat in seiner Fernsehklärung in einer klaren Sprache, die keine Ausdeutungen zuläßt, die Pflicht und die Verantwortung angesprochen, in der der Bundeskanzler, der Fraktionsvorsitzende und er für die gemeinsame Sache und für die Menschen zu wirken haben, die sie in diese Verantwortung und Pflicht hineingestellt haben. Willy Brandt hat hier das Wort von der "gemeinsamen eisernen Verantwortung" gefunden, der er, Helmut Schmidt und Herbert Wehner unterliegen.

Man soll sich dieses Wort vor Augen halten und sich seiner erinnern, wenn man die Tätigkeit und Leistungen der Führung von Regierung, Fraktion und Partei beurteilen und würdigen will und soll. In diesen Spitzenfunktionen stehen Männer mit dem festen Willen, die gesteckten Ziele zu erreichen und die damit verbundenen Absichten zu verwirklichen. Es wäre unsinnig, wenn gefordert oder erwartet würde, daß diese Männer im steten Gleichklang sozusagen zu jeder Stunde automatisch übereinstimmend funktionieren sollten. Es sind nicht nur die unterschiedlichen Temperamente, von denen Willy Brandt gesprochen hat, sondern auch die Unterschiede in der Methodik, im Arbeitsansatz und im Tempo, die jeden Politiker als Individuum sui generis bestimmen und mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen, also auch Meinungsverschiedenheiten und Verstimmungen, wirken lassen. Diese Selbstverständlichkeiten aussprechen, mag manchen banal erscheinen, aber angesichts eines sich im Vorfeld des angekündigten Erscheinens des neuesten Brandt-Buches ausbreitenden Gerüchteschwalls sollten doch wohl auch Selbstverständlichkeiten als Selbstverständlichkeiten registriert werden können, wenn damit eine Chance zur Versachlichung der Diskussion beigetragen werden kann.

Willy Brandt hat in den Schlußpassagen seines Fernsehinterviews auf die übergeordnete Aufgabe hingewiesen, die der SPD und allen ihren Mitgliedern zur Erfüllung obliegt. Der Parteivorsitzende betonte mit dem notwendigen besonderen Nachdruck die Pflicht, dem Bundeskanzler und denen, die mit ihm in der Regierungsverantwortung stehen, den Rücken von vermeidbaren Belastungen freizuhalten und der Regierung die Arbeit leichter zu machen. Willy Brandts verbindliche Versicherung "das werde ich tun" gilt für jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gleichermaßen und ausnahmslos.

(ee/10.9.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller